

Sitzung vom

27. August 2019

Mitgeteilt den

28. August 2019

Protokoll Nr.

631

## **Richtplan Graubünden**

### **Anpassung des Kapitels 3.9 "Oberflächengewässer und Fischerei" an die Gewässerschutzgesetzgebung des Bundes**

#### **1. Anlass für die Anpassung**

Die auf den 1. Januar 2011 in Kraft getretene Änderung des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991 (GSchG) sowie die eidgenössische Gewässerschutzverordnung (GSchV) legen unter anderem fest, dass nach Anhörung der betroffenen Kreise der Raumbedarf der oberirdischen Gewässer festzulegen ist, der für die Gewährleistung der natürlichen Funktionen der Gewässer, für den Schutz vor Hochwasser sowie für die Gewässernutzung notwendig ist. Dieser langfristig für die Gewässer zu sichernde Raumbedarf wird als "Gewässerraum" bezeichnet. Die Kantone haben dafür zu sorgen, dass der Gewässerraum bis Ende 2018 festgelegt und in der Richt- und Nutzungsplanung berücksichtigt wird.

Mit Beschluss der Regierung vom 24. Juni 2014, Protokoll Nr. 640 (RB 640/2014), wurde das Amt für Raumentwicklung (ARE) beauftragt, die Anpassung des Kantonalen Richtplans zur Berücksichtigung der geänderten Gewässerschutzgesetzgebung vorzunehmen. Grundlage hierzu bildet der "Bericht zur Umsetzung der Vorgaben nach Art. 36a Gewässerschutzgesetz (GSchG), Festlegung des Gewässerraums und Umsetzung der Revitalisierungsplanung in den raumplanerischen Instrumenten" vom 14. April 2014, welcher von der Regierung zur Kenntnis genommen wurde (RB 640/2014).

## **2. Umsetzung der Gewässerschutzgesetzgebung in der kantonalen Richtplanung**

Der "Bericht zur Umsetzung der Vorgaben nach Art. 36a Gewässerschutzgesetz (GSchG), Festlegung des Gewässerraums und Umsetzung der Revitalisierungsplanung in den raumplanerischen Instrumenten" vom 14. April 2014 enthält Vorschläge zur Umsetzung des Gewässerraums und der Revitalisierungsplanung in der kantonalen Richtplanung sowie einen konkreten Formulierungsvorschlag für das Richtplankapitel 3.9 "Oberflächengewässer und Fischerei".

Dieser Formulierungsvorschlag wurde durch das ARE unter Beizug des Amtes für Natur und Umwelt (ANU) vertieft und mit den Erkenntnissen aus der strategischen Revitalisierungsplanung und Sanierungsplanungen bezüglich Schwall und Sunk sowie Fischgängigkeit und Geschiebehaushalt ergänzt. Die laufenden Anpassungen der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung bis Mitte 2018 sowie die Ergebnisse der BPUK-Austauschplattform wurden ebenfalls in die Vorlage integriert. Dies führte zwar zu zeitlichen Verzögerungen, dafür konnten dadurch diverse offene Fragen im Umgang mit der Festlegung des Gewässerraums geklärt werden. Die am 13. Juni 2019 von der Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz (BPUK) und der Landwirtschaftsdirektorenkonferenz (LDK) verabschiedeten modularen Arbeitshilfen zum Gewässerraum sind Ergebnis der Zusammenarbeit von Bund und Kantonen in dieser Sachfrage.

Am 1. April 2019 trat die Teilrevision des kantonalen Raumplanungsgesetzes (KRG) in Kraft, mit welcher eine neue Bestimmung über die Gewässerraumzone (Art. 37a) ins Gesetz aufgenommen wurde. Art. 37a KRG (Gewässerraumzone) ist die gesamt-kantonal anzuwendende Zonenbestimmung für die Sicherung des Gewässerraums.

In den Zielen und Leitsätzen zum Richtplan werden die Grundsätze zur Festlegung der Gewässerräume sowie zur Planung und Umsetzung von Revitalisierungsmaßnahmen gemäss Auftrag aus dem Gewässerschutzgesetz definiert. Darüber hinaus werden Grundsätze betreffend Gewährleistung von Fischgängigkeit, betreffend Geschiebehaushalt sowie betreffend Schwall und Sunk formuliert.

In den Handlungsanweisungen werden die konkreten Aufgaben, welche sich daraus für Gemeinden und Kanton ergeben, geregelt. Die Regionen erhalten in diesem Sachbereich gemäss "Bericht zur Umsetzung der Vorgaben nach Art. 36a Gewässerschutzgesetz (GSchG), Festlegung des Gewässerraums und Umsetzung der Revitalisierungsplanung in den raumplanerischen Instrumenten" vom 14. April 2014 keine Aufgaben.

Bezüglich der Revitalisierungsmassnahmen, die von den Gemeinden im Rahmen der strategischen Revitalisierungsplanung angemeldet wurden, wird im kantonalen Richtplan auf die durch die Regierung zur Kenntnis genommene strategische Revitalisierungsplanung vom Dezember 2014 verwiesen.

Die Gewässerraumausscheidung entlang der grossen Talflüsse (natürliche Gerinnesohlenbreite > 15 m) erfolgt auf Basis der Grundlage des ANU ("Bestimmung der natürlichen Gerinnesohlenbreiten für die grossen Talflüsse im Kanton Graubünden" vom 9. Januar 2014 samt Beilage 1 vom 23. Dezember 2013), welche von der Regierung bereits zur Kenntnis genommen wurde (RB 640/2014). Diese Gewässerabschnitte (grosse Talflüsse) werden im kantonalen Richtplan als Objekte im Koordinationsstand Festsetzung aufgenommen und mittels einer thematischen Karte dargestellt. In der Richtplankarte werden sie aus kartographischen Gründen nicht ausgewiesen. Eine Übersichtskarte im Richtplankapitel veranschaulicht, welche Talflüsse gemeint sind. Detailliert dargestellt sind diese Flüsse in der GIS-Karte "Grundlagen Gewässerraum" des ANU, woraus auch die Breite dieser Gewässerräume hervorgeht.

### **3. Umgang mit Revitalisierungssperimeter**

Gemäss GSchG hat der Kanton den Auftrag, sowohl den Gewässerraum als auch die Revitalisierungsplanung im Richtplan zu berücksichtigen (Art. 36a Abs. 3 GSchG).

Der sogenannte maximale Revitalisierungssperimeter umfasst den maximalen Raumbedarf, den ein Revitalisierungsprojekt bei den heute vorliegenden Gegebenheiten beanspruchen könnte, und geht damit über den in der Nutzungsplanung festzulegenden Gewässerraum hinaus. Dieser maximale Revitalisierungssperimeter muss weder

in der Richt- noch in der Nutzungsplanung verbindlich umgesetzt werden, sondern wird als Planungsgrundlage in der Grundlagenkarte des ANU dargestellt. Erst im Rahmen der Ausarbeitung und der anschliessenden Umsetzung eines konkreten Revitalisierungsprojekts muss der effektive Perimeter in der Nutzungsplanung berücksichtigt werden. Mit diesem Vorgehen wird die landwirtschaftliche Bewirtschaftung innerhalb des Revitalisierungsperimeters bis zur Realisierung eines allfälligen Revitalisierungsprojekts nicht eingeschränkt, und bestehende Bauten und Anlagen bleiben in ihrem Bestand geschützt. Bei Bauvorhaben oder Nutzungsplanänderungen in diesem Perimeter ist eine Interessenabwägung vorzunehmen. In den jeweiligen Verfahren sind das rechtliche Gehör und das Rechtsschutzinteresse von Betroffenen gewahrt.

Im Rahmen der Vernehmlassung zur Revitalisierungsplanung (2014) wurden alle Gemeinden aufgefordert, Revitalisierungsprojekte anzumelden, die in der strategischen Revitalisierungsplanung des Kantons aufgenommen werden sollen. Bei der strategischen Revitalisierungsplanung, die dem Bundesamt für Umwelt Ende 2014 abgegeben wurde (Endbericht vom 18. Dezember 2014), wurden ausschliesslich die von den Gemeinden angemeldeten Projekte berücksichtigt. Über die Programmvereinbarungen werden zwischen dem Kanton und dem Bund die Revitalisierungsprojekte für die nächsten jeweils vier Jahre definiert. Dabei werden in erster Linie die Projekte der strategischen Revitalisierungsplanung berücksichtigt. Es können bei Bedarf aber auch neue Projekte aufgenommen werden. Die Revitalisierungsmassnahmen werden nicht als Objekte in den Kantonalen Richtplan aufgenommen. Stattdessen wird auf die strategische Revitalisierungsplanung des Kantons verwiesen. Damit kann schneller auf neue Projekte reagiert werden, und der Richtplan muss nicht fortwährend angepasst werden.

#### **4. Kantonsinterne Vorvernehmlassung vom Juni/August 2015**

Eine kantonsinterne Vorvernehmlassung des Richtplankapitels 3.9 "Oberflächengewässer und Fischerei" fand vom 25. Juni bis 10. August 2015 statt. Zur Vernehmlassung eingeladen wurden die betroffenen Stellen der kantonalen Verwaltung (Tiefbauamt, Amt für Wald und Naturgefahren, Amt für Landwirtschaft und Geoinformation, Amt für Jagd und Fischerei, Amt für Energie und Verkehr, ANU, ARE) sowie die Begleitgruppe "Schutz und Nutzung der Bündner Gewässer" (WWF GR, Pro Natura

GR, Kantonaler Fischereiverband Graubünden, Bündner Bauernverband, Vereinigung Bündnerischer Elektrizitätswerke). Ziel der Vernehmlassung war, das Richtplankapitel 3.9 "Oberflächengewässer und Fischerei" zunächst kantonsintern zu konsolidieren. Der Entwurf des Richtplankapitels wurde entsprechend der Erkenntnisse aus der Vorvernehmlassung überarbeitet und bereinigt.

## **5. Öffentliche Auflage und Vernehmlassung August/September 2018**

Die öffentliche Auflage und Vernehmlassung zum Richtplankapitel 3.9 "Oberflächengewässer und Fischerei" erfolgte vom 22. August bis 21. September 2018. Mit der öffentlichen Auflage und Vernehmlassung wurden die Information und Mitwirkung der Bevölkerung gemäss Art. 4 RPG und Art. 7 der Raumplanungsverordnung für den Kanton Graubünden gewährleistet.

Die öffentliche Auflage fand deshalb erst im Jahre 2018 statt, weil laufend Anpassungen der Gewässerschutzverordnung bis zum 1. Juni 2018 erfolgten und die Ergebnisse der Vernehmlassung zu den Revitalisierungssperimetern sowie des Rechtsgutachtens "Rechtsfragen und Spielräume im Gewässerraum" vorliegen mussten. Das Rechtsgutachten klärte verschiedene bisher noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung der revidierten Gewässerschutzgesetzgebung (u. a. auch das Thema Bauten und Anlagen innerhalb des Gewässerraums).

Die damals 108 Gemeinden und 11 Regionen des Kantons wurden vom ARE zu einer Stellungnahme eingeladen. Im Weiteren wurden auch die betroffenen Nachbarkantone und Nachbarregionen sowie verschiedene Verbände und Organisationen begrüsst. Insgesamt gingen 32 Stellungnahmen mit rund 60 Anträgen ein (21 Gemeinden; 2 Regionen; 3 Verbände und Organisationen; 4 kantonale Fachstellen; 2 private Unternehmen). Sämtliche Anträge wurden durch das ARE in Zusammenarbeit mit dem ANU ausgewertet und beantwortet (siehe Mitwirkungsbericht zur öffentlichen Auflage). Es wurden zahlreiche Anregungen, Hinweise und Kritikpunkte aufgenommen und bei der Überarbeitung des Richtplankapitels berücksichtigt.

## **6. Verzicht auf Vorprüfung durch den Bund**

Bei der vorliegenden Richtplananpassung handelt es sich im Wesentlichen um einen Vollzug der Bundesgesetzgebung. Deshalb wurde auf eine Vorprüfung beim Bundesamt für Raumentwicklung verzichtet. Ebenso konnte auf einen Erläuternden Bericht verzichtet werden, da die Thematik dieser Richtplananpassung im "Bericht zur Umsetzung der Vorgaben nach Art. 36a Gewässerschutzgesetz (GSchG), Festlegung des Gewässerraums und Umsetzung der Revitalisierungsplanung in den raumplanerischen Instrumenten" vom 14. April 2014 hinlänglich erläutert ist.

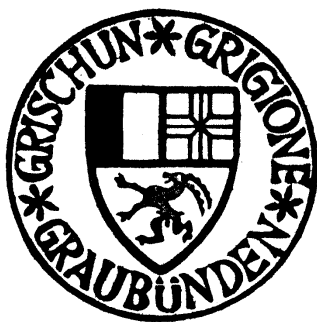
Gestützt auf Art. 14 Abs. 2 KRG

**beschliesst die Regierung:**

1. Die Anpassung des Kapitel 3.9 "Oberflächengewässer und Fischerei", Beschlussversion 29. Juli 2019, wird beschlossen und für die Behörden des Kantons Graubünden als verbindlich erklärt.
2. Der Mitwirkungsbericht zur öffentlichen Auflage, Stand 29. Juli 2019, wird zur Kenntnis genommen.
3. Das Departement für Volkswirtschaft und Soziales wird beauftragt, die Anpassung des kantonalen Richtplans dem Bund zur Genehmigung zu unterbreiten.
4. Das Amt für Raumentwicklung wird beauftragt, die Öffentlichkeit über die Richtplananpassung zu orientieren und den Richtplan im Internet entsprechend dem vorliegenden Beschluss nachzuführen.
5. Das Amt für Raumentwicklung wird beauftragt, die Behörden und Organisationen, die sich aktiv im Auflageverfahren beteiligt haben, mit dem vorliegenden Regierungsbeschluss, mit der Richtplananpassung sowie mit dem Mitwirkungsbericht zu dokumentieren.

6. Mitteilung an:

- Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
- Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement
- Amt für Natur und Umwelt
- Amt für Raumentwicklung
- Standeskanzlei
- Departement für Volkswirtschaft und Soziales (2-fach, samt Pli)



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

**Beilagen:**

- Richtplananpassung Kapitel 3.9, Beschlussversion 29. Juli 2019
- Mitwirkungsbericht öffentliche Auflage, Stand 29. Juli 2019
- Bericht zur Umsetzung der Vorgaben nach Art. 36a Gewässerschutzgesetz (GSchG), Festlegung des Gewässerraums und Umsetzung der Revitalisierungsplanung in den raumplanerischen Instrumenten vom 14. April 2014

# Mitteilung und Dokumentation durch das Amt für Raumentwicklung

|                                    | <b>Richt-<br/>plan-an-<br/>passung</b> |
|------------------------------------|--|
| Alle Gemeinden Graubündens         | 108                                    |
| Alle Regionen Graubündens          | 11                                     |
| Kanton St.Gallen                   | 1                                      |
| Kanton Tessin                      | 1                                      |
| Stiftung Landschaftsschutz Schweiz | 1                                      |
| WWF Graubünden                     | 1                                      |
| Pro Natura Graubünden              | 1                                      |
| <b>Total</b>                       | <b>124</b>                             |